

Bremen, den 22. Mai 2024

Resolution der Kammerversammlung: Cannabislegalisierung – Präventionsangebot systematisch etablieren und psychotherapeutische Behandlungsangebote ausbauen!

vorgelegt vom Vorstand der PK HB

Cannabis ist die meistkonsumierte bisher illegale Droge in Deutschland und der Gebrauch nimmt weiterhin stark zu. Eine vom Bundesministerium für Gesundheit (BMG) in Auftrag gegebene Studie (CaPRiS; Cannabis: Potential und Risiken) zeigt, dass das Abhängigkeitspotenzial des Konsums für Jugendliche besonders hoch ist. Dauerhafter Cannabiskonsum birgt erhebliche körperliche, psychische und soziale Risiken. Aus der klinischen Forschung gibt es Hinweise auf nachhaltig ungünstige Einflüsse auf Lern- und Erinnerungsleistungen, Aufmerksamkeit, Problemlösen, Denkleistung und Intelligenz. Der Zusammenhang zwischen langjährigem und intensivem Cannabiskonsum und psychischen Störungen ist gut belegt. Bei vulnerablen Personen besteht ein dosisabhängiger Zusammenhang mit depressiven Störungen, Suizidalität, bipolaren Störungen, Angsterkrankungen sowie Missbrauch von Alkohol und anderen illegalen Drogen. Cannabiskonsum kann Psychosen auslösen und den Verlauf schizophrener Psychosen deutlich verschlechtern. Bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen geht regelmäßiger Konsum einher mit häufigerem Schulabbruch und ungünstigeren Bildungsläufen.

Vor diesem Hintergrund fordert die Kammerversammlung der PK HB, Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen und Behandlungsoptionen für bereits missbräuchlich konsumierende oder abhängige Betroffene dauerhaft zu finanzieren und entsprechende Angebote auszuweiten.

Die Kammerversammlung der PK HB fordert:

- Bereitstellung zusätzlicher Mittel für breite Aufklärungs- und Motivierungsmaßnahmen, zielgruppenspezifische Prävention und Früherkennung sowie Frühintervention und Beratung bei Gefährdeten und Betroffenen,
- finanzielle Förderung von Suchtprävention durch kommunale Beratungsstellen zur Drogen- und Suchtberatung und zur Erziehungsberatung (Beratungsstellen für Eltern, Kinder, Jugendliche und Familien)
- Schaffung zusätzlicher ambulanter und stationärer Behandlungsangebote für die spezifische Behandlung von Cannabismissbrauch und -abhängigkeit, insbesondere für Kinder und Jugendliche,
- Begleitung und umfassende Evaluation der Legalisierung zur Entwicklung des Konsumverhaltens sowie den gesundheitlichen, sozialen und gesellschaftlichen Folgen.

Um die suchttherapeutische Versorgung von Menschen mit Abhängigkeitserkrankungen zu verbessern, sollte das Abstinenzgebot bei Abhängigkeitserkrankungen in der Psychotherapie-Richtlinie abgeschafft werden. Das Abstinenzgebot schließt Menschen mit Suchterkrankungen von der Versorgung bei fehlender Abstinenz ab der 10. Behandlungsstunde aus. Diese Regelung entspricht nicht dem Stand der Forschung und ist aufzuheben.

Die Kammerversammlung der PK HB fordert den Senat der Freien Hansestadt Bremen dringend dazu auf, konkrete und strukturierte Maßnahmen zur Prävention und zur Behandlung cannabisbezogener Störungen, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen, auszubauen und sich auf Bundesebene politisch für entsprechende Maßnahmen einzusetzen.